

# Sächsische Volkszeitung

## Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Verleger: Hermann Kuntze, Dresden, Brühl 43. — Druck: Kuntze'sche Buchdruckerei, Dresden, Brühl 43. — Preis: 10 Pf.

Erhältlich in allen Buchhandlungen und Zeitungsverkäufsstellen. Preis: 10 Pf. — Ausland: 15 Pf. — Einmalige Anzeigen: 10 Pf. — Wiederholungen: 5 Pf. — Abonnement: 30 Pf. — Ausland: 45 Pf. — Postamt: Dresden, Brühl 43. — Telefon: 1111.

### Das Programm der Regierung.

Dresden, den 2. November 1910.

Wannmehr hat die „Nordd. Allgem. Zeita.“ das Schwelgen abgebrochen und eine Art Programm des Reichskanzlers aufgestellt; man kann darin allerdings mehr ein Arbeitsprogramm als feste prinzipielle Grundzüge erblicken. Aber aus dem Arbeitsprogramm entwickeln sich dann von selbst die Richtlinien. Nach der Verlautbarung des offiziellen Blattes hält der Reichskanzler an folgenden Forderungen fest: 1. Ordnung im Reichshaushalte; 2. Einschränkung des Anleihebedarfes; 3. Annahme der Zuwachstener; 4. Annahme der Militärvorlage; 5. Bessere Fürsorge für die Veteranen. Alle diese fünf Punkte liegen auf finanzpolitischen Gebieten, denn auch die neue Militärvorlage ist eine finanzielle Frage. Wir können diesem Teile des Programms zustimmen, müssen nur bezüglich der Militärvorlage einen Vorbehalt machen; da sie in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt ist, kann man nicht über sie urteilen.

Der Reichskanzler hat aber noch einen zweiten Teil in seinem Programm: Bekämpfung der Sozialdemokratie, denn sein Blatt schreibt: „So hat der Abgeordnete Herr v. Oldenburg bei Vorträgen in seinem Wahlkreis sich darüber geäußert, wie ein solches Programm notwendig die Bekämpfung der Sozialdemokratie bedingt.“ Der Reichskanzler hat es nie im Zweifel gelassen, daß er hierin eine der Hauptaufgaben der Regierung und der Parteien sieht. Die ersten Symptome, die in Mosbit und anderwärts zutage getreten sind, sprechen deutlich genug von den Fortschritten der revolutionären Massenbewegung, deren Hebelkraft durch die Paralyse der sich in Privatrat verkehrenden staatsbehaltenden Kräfte nur erhöht werden kann. Mögen die bürgerlichen Parteien die Lehren dieser Vorgänge beherzigen! Wenn Herr v. Oldenburg aber glaubt, der Regierung den Mosbiter Unruhen gegenüber Schwäche vorwerfen zu müssen, so müssen wir dem widersprechen. Die Behörden haben bei der Niederschlagung der Mosbiter Revolte in vollem Maße ihre Schuttpflicht getan und haben Anspruch auf Anerkennung ihrer Tapferkeit. Wenn waren diese Druckbogen getrocknet, als ein neuer Brand in Berlin (Wedding) ausbrach, der dem in Mosbit sehr ähnlich sieht. Seit dem 8. September haben wir in Deutschland 18 blutige Krawalle zwischen Polizei und freireisenden Sozialdemokraten gehabt, dabei hat man insgesamt rund 600 Verletzte gerechnet. Ein im höchsten Grade bedenkliches Zeichen, das Weisheitende zu dem Schritte veranlaßt, daß wir schon mitten in der Revolution stehen.

Die Regierung will den Schluß ziehen: harte Bekämpfung der Sozialdemokratie! Ganz einverstanden, auch damit, daß alle bürgerlichen Parteien zusammenstehen müssen. Aber dieser Kampf darf sich nicht auf Gummischläuche, Pfeifen und Säbel stützen. Man verstehe uns nicht falsch; gegen die aufrührerischen Gewissen muß mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgegangen werden und da können wir keine Milde und keine Schonung. Doch die Polizeigewalt kann die Sozialdemokratie nicht überwinden; sie kann sie äußerlich niederhalten, sie kann dafür sorgen, daß keine neuen Unruhen entstehen usw. Aber die innere Überwindung, das ist die Hauptfrage, kann nicht durch äußere Gewaltmittel herbeigeführt werden; diese eine Lehre hat man wohl aus dem Sozialistengesetz gezogen.

Nun schweigt aber die Regierung vollständig auf die Frage, was sie hier zu tun gedenkt. Wer die Situation und den Zustand an die Sozialdemokratie kennt, der wird uns zustimmen in dem Satze, daß die heranwachsende Jugend die meisten Kräfte für diese Partei stellt; die Leute vom 17. bis 20. Lebensjahre gehen in Scharen zur roten Fahne über und werden die wütendsten Heber und freiesten Vorkämpfer. Sie sind frei von jedem erzieherischen Einfluß, fragen nach den Eltern nicht viel und nach dem Pfarrer und der Kirche vielleicht gar nichts. Was aber tut die Regierung, um diesen Quell zu stopfen? Als das Zentrum im Landtage dafür eintrat, man möge in den ländlichen Fortbildungsschulen den Religionsunterricht einführen, war die Regierung dagegen. Vor 14 Tagen war in Berlin eine Konferenz über die Ausgestaltung der gewerblichen Fortbildungsschulen; Handelsminister Endow bekämpfte am schärfsten den Antrag, daß die jungen Leute Religionsunterricht haben sollen. Also nicht einmal mehr den kaum der Schule entwachsenen Knaben soll noch Religionsunterricht gegeben werden. Alle früher bestandenen Verpflichtungen zum Besuche der Christenlehre hat man aufgehoben und internatistisch den Einfluß der Religion, das einzige dauernde Bollwerk gegen die Sozialdemokratie, zurückgedrängt. Der liberale Geist der Minister und Regierungen war leider hier immer mehr tätig. Man hört wohl die schönen Kaiserworte: „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben!“ Man hört auch den Satz: „Deutlichkeit und Christentum gehören zusammen.“ Aber wo sind die Ministerialen und die Gelehrten, die diesen schönen Worten folgen? An dieser Halbheit und inneren Unwahrheit leidet das deutsche Volk seit 30 Jahren. Will nun Bethmann Hollweg konsequent vorgehen, und den Staat schützen vor der roten Flut? Nur keine schönen Worte, sondern christ-

liche Taten. Bereit ist unser Vertrauen nicht sehr groß. Die Vorgänge in einer der letzten Sitzungen des Staatsministeriums sind uns bekannt; der Kriegsminister ging konsequent vor und forderte im Interesse der Schlagfertigkeit der Armee die Stärkung des religiösen Einflusses auf die heranwachsende Jugend; er machte auch ganz bestimmte praktische Vorschläge. Aber drei Minister traten ihm sofort mit liberalen Phrasen entgegen. Nach liberalen Rezepten erzieht man nun nachher lange genug die Schüler in den Städten und die Zahl der „Großstadtlämmer“ wird nicht geringer, sondern wächst und vermehrt sich. Der liberale Geist ist keine Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie, sondern der Vohrbecker für diese. Hier hilft nur eine konsequente Umkehr.

Die Frage der Bekämpfung der Sozialdemokratie lautet heute so: Will der Staat sich selbst retten durch erhöhten Einfluß auf die Jugend? Wer dieses Mittel nicht will, kann den Zweck nie erreichen. Das muß sich auch der heutige Reichskanzler sagen, der den Vorzug logischen Denkens hat. Die Mehrheit im Reichstage steht ihm zur Verfügung, wenn er eine wahrhaft staatsbehaltende Tat durchführen will. Der Liberalismus mag sich dann vielleicht noch höher bäumen, aber mit ihm kann man eben den Ausweg nicht überwinden, das lehrt die Geschichte der letzten 25 Jahre. Wir werden den Reichskanzler immer wieder daran erinnern, daß er seinen Worten jetzt Taten folgen lassen muß. Mit einem wahlaktiven Zusammenstehen der bürgerlichen Parteien ist nicht viel erreicht, das sind rein äußerliche Mittel, die man dann anwenden kann, wenn die innere Gesundung einsetzt. Es gibt heute für die Parteien und Regierungen keine andere Rettung mehr, als daß sie sich an den Satz halten: „Alles erneuern in Christus!“ Das ist die vollständige, rechte Überwindung der Sozialdemokratie.

### Zum 70. Geburtstage des Landtagsabgeordneten Kockel.

Dresden, den 1. November 1910.

In aller Stille, wie das Milieu seines Heimatortes Großschönau, feierte Herr Landtagsabgeordneter Michael Kockel im Kreise seiner Familie und im Kreise seiner Freunde und Bekannten seinen 70. Geburtstag, und im Laufe des Novembers vollziehen sich 25 Jahre, da er als Vertreter des 8. ländlichen Wahlkreises das erste Mal seinen Einzug ins Ländchen an der Landhausstraße in Dresden hielt. Was einen Menschen lieb und wert und vorbildlich macht, ist nicht immer das Erfüllen hoher, ausgezeichneter, vorrangiggebender Stellungen in der menschlichen Gesellschaft. Wäre dies allein maßgebend, so wäre der Jubilar den wendischen Katholiken, überhaupt dem Wendentum nicht das, was er ihm ist. Das wendische Volk ehrt und liebt seinen Kockel aus tiefer Seele, es achtet ihn als seinen Führer, Berater, Verteidiger. Er spricht aber nicht zu seinem Volke in gleichmäßigen, sanftelnden Sirenenklängen, nicht in schmeicheleichen Aufschwüngen, nicht in heugeligen Redensarten, um sich die Gunst, das Wohlwollen seiner Stammesbrüder zu erlangen. Er brandmarkt und geißelt die Gebrechen seiner Zeit, die sozialen, wirtschaftlichen, religiösen, nationalen und moralischen Mängel, Schäden und Anwandlungen seiner engeren und weiteren Heimat mit bürgerlicher Unwidrigkeit, Verheit und Wiederkeit, mit einer überzeugenden, herzynehmenden Aufrichtigkeit, da er sich selber rein gehalten hat von den Schwächen seines Zeitalters.

So ragt er aus dem brandenden Meer der Zeit- und Lebenswirrnisse heraus wie ein granitener Obelisk, an dessen moralischer Kraft und Härte, Charakterfestigkeit, Unerbittlichkeit, Wahrhaftigkeit, edlen, reinen und hohen Gesinnung die Wogen der Zeitverderbnis machtlos zerbrechen.

Nicht geizig und ringend nach dem Ansehen dieser Welt ist er von der Vorreitung zum Führer seines Volkes auserwählt worden. Dieser schlichte Baueremann hat trotz seiner einfachen Schulbildung es verstanden, sich durch seiner Energie und vorbildlichen Fleiß ein Wissen anzueignen, um das ihn mancher beneiden könnte, selbst der, dem er einst die Tore der Alma mater geöffnet waren. Überall finden wir ihn trotz seines hohen Alters — in der vorübergehenden Wahlkampagne hatten ihn seine Gegner als einen Mann bezeichnet, der weit das Greisenalter überschritten hat — in geistiger und körperlicher Frische seines Amtes walten, in Gemeinde, Schule, Kirche, Staat. So lebt und fühlt er in und mit seinem Volke, das er auch ohne vollstem Herzen liebt, wie wenige seines Berufes. Wir sehen in ihm einen vorbildlichen und gebildeten wendischen Bauer, einen verdienstvollen und unermüdeten Vertreter seines Volkes im Parliamente, einen überzeugten Katholiken und Wenden. So mancher könnte seine Nation gering achten, weil sie ein kleines Volk ist und weil er innerhalb desselben nicht die seiner Eitelkeit und seinem krankhaften Egoismus wohlthuenden äußeren Ehren erlangen kann. Gerade deswegen, weil der Jubilar immer und überall als überzeugter Wende hervortrat, war er geachtet bis an den Königsstern. Nationale Verräter werden auch noch

heutzutage als der Auswurf der menschlichen Gesellschaft betrachtet. Auch ist er seinem Glauben immer treu geblieben, hat sich nicht „geniert“, ihn öffentlich zu bekennen und zu lieben, was nach modernistischen Ansichten dem Katholiken einen „altmodischen“ Anstrich gibt. In religiösen Dingen hat er nicht die geringsten Konzessionen gemacht, ist nicht ein Jota abgewichen. In solchem glaubenstreuen Ranne kann es ein schwankendes Rohr aufstehen.

Es ist auch keine Kleinigkeit, 25 Jahre hindurch das Vertrauen seiner Wähler zu besitzen. Wenn Politik der Charakter verdient, so findet dieses Wort auf unseren Vertreter keine Anwendung. Seine Politik war stets recht und gerecht. Nirgends begegnete wir ihm auf schleichenden Wegen, bei unfauleren Manipulationen, bei unfauleren Stuhhandel. Seine Gradheit und Standhaftigkeit in politischen Fragen hat ihm immer und immer wieder zum Siege verholfen und Achtung bei Freund und Feind verschafft.

Drei Könige, Albert, Georg und Friedrich August III. hat er bei ihrem Regierungsantritt namens des wendischen Volkes beglückwünscht und dessen Liebe, Treue und Anhänglichkeit an das sächsische Königshaus zum Ausdruck gebracht. Sie haben es belohnt und lohnen es dem wendischen Volke, daß sie ihm gesetzlichen Schutz und königliches Wohlwollen zuteil werden ließen und lassen. Dafür hat er auch den gebührenden Dank erhalten.

Mag dem Jubilar, diesem Reden und Taten, wenn er einst dem irdischen Kampfe entrissen sein wird, der himmlische König alles reichlich lohnen, was er an seinem kleinen Volke getan hat. Sonst aber noch Ad multos annos!

### Politische Rundschau.

Dresden, den 2. November 1910.

Der Kronprinz und die Kronprinzessin werden sich am 3. d. M. in Genoa an Bord des Dampfers Prinz Ludwig begeben. Port Said wird am 8. d. M. passieren, Colombo am 20. November erreicht. In Ceylon geben die Reisenden unter dem Infanten Graf und Gräfin von Ravensberg drei Wochen zu verbringen. Von dort tritt die Kronprinzessin die Heimreise an, während der Kronprinz an Bord S. M. S. „Gneisenau“ am 11. Dezember die Fahrt nach Bombay fortsetzen wird.

Von einer neuen Militärvorlage sprechen eine Anzahl von Blättern und fügen sich dabei auf eine Rede des Großadmirals Hoff; sie soll 1912 erscheinen und drei Panzerkreuzer fordern. Wir erfahren dem gegenüber von der allein zuständigen Stelle, daß diese Behauptung völlig aus der Luft gegriffen ist und daß man nicht daran denkt, unser Flottengesetz zu ändern; man will es so durchzuführen, wie es der Reichstag 1908 beschloß hat.

Das Brauntweinkontingent wird in der nächsten Sitzung des Bundesrates von 2,1 Mill. auf 1,7 Mill. herabgesetzt werden, da der Konsum um 25 Prozent nachgelassen hat. Manche Kreise glauben an eine baldige Konsumsteigerung, wir können uns dieser Ansicht nicht anschließen.

Der konservative Reichstagspräsident Graf Schwerin-Pöslitz hat kürzlich im konservativen Verein in Antlam eine politische Ansprache gehalten, die jetzt in der „Antlamer Zig.“ veröffentlicht wird. Er widmete dabei der liberalen Partei folgende Bemerkungen:

Das Zentrum ist in unserer parteipolitischen Entwicklung ist nicht etwa die Gefahr einer Schwächung der konservativen Partei. Diese Gefahr ist nicht groß. Das Zentrum ist aber auch nicht einmal die Wiederherstellung der nachgehenden Stellung des Zentrums, was unermüdet dies auch sein mag. Das Zentrum ist, ich kann es nicht anders bezeichnen, die Entartung unseres gesamten Liberalismus, namentlich aber der national-liberalen Partei, welche ihre alten streng nationalen Traditionen in letzter Zeit völlig vergessen zu haben schien.

Schwache Tendenz am Kolonialmarkt. Die Anteile der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, die bereits eine schwache Tendenz gezeigt hatten, erlitten am vergangenen Sonntagabend einen weiteren Rückschlag. Die Veranlassung hierzu bildeten Gerüchte, wonach die „Colmanskop“ und die „Koloniale Bergbaugesellschaft“ sich weigerten, die Feldersteuer zu bezahlen. Hierzu ist zu bemerken, daß diese beiden Gesellschaften, weil sie zu den älteren gehören, gar nicht steuerpflichtig sind. Ob andere Diamantengesellschaften der Steuerzahlung Widerstand leisten, ist hier nicht bekannt, da die Einziehung der Feldersteuer durch die Bergbehörde geschieht. Außerdem wurde noch gemeldet, daß die Deutsche Kolonialgesellschaft zur nachträglichen Leistung der Grundsteuer für das an den Fiskus abgetretene Land herangezogen werden solle. Wie wir hierzu auf Anfrage erfahren, besteht allerdings in Südwestafrika das Bestreben, die Grundsteuer in Höhe von zirka 100 000 Mark nachträglich noch von der Gesellschaft einzuziehen, indes hat die Leitung der Kolonialgesellschaft eingezogen, indes hat die Deutsche Kolonialgesellschaft zur nachträglichen Leistung der Grundsteuer für das an den Fiskus abgetretene Land herangezogen werden solle. Die Anteile der Gesellschaft werden sogar noch tiefer sinken; dann erst beginnt der Rückgang der Großen wieder.

Preussische Einflüsse in Baden. In der „Braunschweig. Landeszeitg.“ plaudert ein Eingeweihter über die